

Schaftsfunktionär äußerte vor kurzem auf einer Arbeiterversammlung in München, es sei an der Zeit, daß mancher westdeutsche Kollege und Genosse aus dem politischen Urlaub zurückkomme. Viele verstehen diese Aufforderung richtig. Das beweisen zahlreiche Kampfdemonstrationen am 1. Mai, die Ostermärsche gegen die atomare Aufrüstung, die Beschlüsse der Jugendkonferenzen des DGB, der jungen Metallarbeiter, der jungen Eisenbahner und auch die Auseinandersetzungen auf verschiedenen Bezirks- und Unterbezirkskonferenzen der SPD. Das zeigen auch die Kämpfe der saarländischen Bergarbeiter, der Hüttenwerker von der Ruhr und andere Streikkämpfe.

Überall dort wurden die atomare Aufrüstung, die schamlose Ausbeutung, die Notstandsgesetze angeprangert, Abrüstung, Verständigung in Deutschland, Demokratie und soziale Sicherheit gefordert.

In den Gewerkschaften wurde der Kampf gegen Erhards Maßhaltepolitik, gegen die wahnsinnigen Rüstungslasten, für mehr Gerechtigkeit, für die Beschneidung der maßlosen Profite, für gleichen Lohn der Frauen, für gewerkschaftliche Rechte aufgenommen.

Diese Forderungen, Beschlüsse und Kampf Erfahrungen der Arbeiter sind zusammengenommen eine gute Grundlage für ein echtes Alternativprogramm zur Adenauer-Politik.

Große Unzufriedenheit mit der westdeutschen Unordnung

Die Auseinandersetzungen haben in allen Schichten der westdeutschen Bevölkerung begonnen. Der Riß geht durch alle Parteien. Bürgerliche Politiker wie Dehler treten gegen den sturen Antikommunismus auf und fordern eine realistische Politik. Die Gegensätze in der CDU/CSU vertiefen sich. Evangelische Theologen gaben ihrer Sorge über die Entwicklung in Westdeutschland Ausdruck. In der Deutschen Friedens-Union sammeln sich Kräfte aus allen Kreisen der Bevölkerung, die für die friedliche Koexistenz und für Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten eintreten.

Die große Unzufriedenheit mit der Bonner Politik der Aufrüstung und der monopolkapitalistischen Ausbeutung spiegelt sich selbst in dem Programm wider, das die bayrische SPD kürzlich veröffentlicht hat. Das „Bayernprogramm“ kommt nicht um die Feststellung herum - freilich ohne daraus richtige Schlußfolgerungen zu ziehen -, daß „mit der westdeutschen Ordnung etwas nicht in Ordnung ist“. Aber mit dem Godesberger Programm hat sich die gegenwärtige Führung der SPD zu eben dieser „Ordnung“ bekannt, und